



31.10.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgende Pressemitteilung zu Ihrer Kenntnis und Verwendung.

### **Wäscherei ist erstes Opfer der neuen Klinikum gGmbH**

**Vor dem Rechtsformwechsel hieß es, dass unter anderem die schnellere Beschaffung von Röntgengeräten als Grund für die Umwandlung des städtischen Eigenbetriebs in eine gGmbH gelte. Doch jetzt zeigt es sich, dass die schnellere Abschaffung von Arbeitsplätzen das unausgesprochene Ziel war.**

Nach der formalen Privatisierung des Klinikum Darmstadt steht das erste Opfer fest. Mit der Schließung der bereits 1996 ausgegliederten Wäscherei der Krankenhaus-Dienstleistungsgesellschaft Südhessen mbH (KDGS) und dem geplanten Wechsel zu einem neuen Anbieter stellt sich nun praktisch dar, wovor die Fraktion DIE LINKE vor dem Rechtsformwechsel gewarnt hat.

Die Sanierung wird auf dem Rücken der Beschäftigten abgewälzt, denn es ist klar, dass die erhofften Einsparungen nur durch Niedriglöhne und Prekarisierung beim künftigen Dienstleister erreicht werden können. Auch wenn es gelingen sollte, Kündigungen durch Umsetzung der derzeitigen Beschäftigten innerhalb des Stadtkonzerns zu vermeiden, fallen durch die Schließung 26 feste Arbeitsplätze in Darmstadt weg.

Der Auftrag ist europaweit ausgeschrieben. Auch aus ökologischer Sicht ist es äußerst fragwürdig, wenn die Wäscherei nicht in der Region weiter betrieben, sondern die Wäsche mitunter durch die halbe Republik transportiert wird.

Wegen kleiner Kosteneinsparungen sind städtische Vertreter/inn/en im Aufsichtsrat des dem Namen nach gemeinnützigen Unternehmens bereit, Arbeitsplätze in Darmstadt vernichten, die Prekarisierung der Arbeit zu fördern und ökologische Nachhaltigkeit hinten an stellen. Hier zeigt sich einmal mehr, wie schon die formale Privatisierung den Politiker/inn/en den Blick durch die betriebswirtschaftliche Brille aufzwingt.

Gestern hat sich Oberbürgermeister Walter Hoffmann bei der Protestkundgebung von ver.di unter dem Motto "Gerecht geht anders" auf die Seite der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer gestellt. Wir erwarten, dass dies nicht nur für den Protest gegen die schwarz-gelbe Bundespolitik, sondern auch für den eigenen Einflußbereich gilt. Wir fordern ihn daher auf, sich als Mitglied des Aufsichtsratsrats (vertreten durch die Stadtverordnete Monika Lehr) umgehend von diesen Plänen zu distanzieren und aktiv im Aufsichtsrat darauf hinzuwirken, dass die Wäscherei und damit die Arbeitsplätze in Darmstadt bleiben.

**DIE LINKE Darmstadt, Stadtverordnetenfraktion**

Landgraf-Philipps-Anlage 32; 64283 Darmstadt;

E-Mail: [info@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:info@linksfraktion-darmstadt.de); Web: [www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de)

Tel.: +49-6151-66 90 310; Fax: +49-6151-66 90 533